S 34 SF 79/20 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung -

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Synergieeffekte

Umfang und Schwierigkeit der

anwaltlichen Tätigkeit

Mittelgebühr Erstattung

Verfahrensgebühr

Leitsätze Synergieeffekte durch die parallele

Bearbeitung mehrerer Klageverfahren

mindern den Umfang und die

Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit

erheblich.

Normenkette VV RVG Nr 3102

VV RVG Nr 3106

RVG § 14 Abs 1 Satz 4 RVG § 14 Abs 1 Satz 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 34 SF 79/20 E Datum 07.12.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AS 142/21 B Datum 05.12.2022

3. Instanz

Datum -

Â

Der Beschluss des Sozialgerichts Dessau-Ro \tilde{A} lau vom 7. Dezember 2020 und die Prozesskostenhilfe-Festsetzungsentscheidung des Urkundsbeamten der Gesch \tilde{A} ftsstelle des Sozialgerichts Dessau-Ro \tilde{A} lau vom 8. November 2019 werden ge \tilde{A} ndert: Die aus der Prozesskostenhilfe an den Beschwerdef \tilde{A} hrer zu zahlende Verg \tilde{A} ung wird auf 300,80 \tilde{A} festgesetzt, sodass von ihm ein Betrag von 422,45 \tilde{A} an die Landeskasse zu erstatten ist.

Â
Im Ã∏brigen wird die Beschwerde zurückgewiesen.
Â
Kosten sind nicht zu erstatten.
Â
Â
GrÃ⅓nde:

Â

I.

Â

Streitgegenst \tilde{A} \times ndlich ist das Rechtsanwaltshonorar nach dem Rechtsanwaltsverg \tilde{A} 1 /4tungsgesetz (RVG), das dem Beschwerdef \tilde{A} 1 /4hrer f \tilde{A} 1 /4r ein Klageverfahren nach Beiordnung im Rahmen der Prozesskostenhilfe (PKH) aus der Landeskasse als Beschwerdegegner zusteht. \hat{A}

Â

In dem seit dem 8. Mai 2015 anhängigen und mittlerweile erledigten Klageverfahren S 22 AS 1058/15 beim Sozialgericht Dessau-RoÃ \square lau (SG) vertrat der BeschwerdefÃ 1 /4hrer eine Klägerin im Streit um Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch â \square Grundsicherung fÃ 1 /4r Arbeitsuchende (SGB II). Der Klägerin begehrte mit ihrer Klage im Zugunstenverfahren höhere Leistungen von Januar bis April 2013 fÃ 1 /4r die Unterkunftskosten nach 1 8 22 SGB II (in Höhe von monatlich 42,25 â 1 9), denn das beklagte Jobcenter hatte diese nicht in tatsächlicher Höhe erbracht.

Â

Bereits in drei weiteren Verfahren (S 22 AS 1165/14, S 22 AS 402/15 und S 22 AS 1002/15) vertrat der Beschwerdef \tilde{A}^{1}_{4} hrer die Kl \tilde{A} 2 gerin bez \tilde{A}^{1}_{4} glich der Geltendmachung der begehrten h \tilde{A} 3 heren Unterkunftskosten im Klageverfahren.

Â

Der Beschwerdeführer begründete die Klage S 22 AS 1058/15 mit Schriftsatz vom 7. Mai 2015 auf dreieinhalb Seiten (ohne Rubrum).

Â

Mit Beschluss vom 27. August 2015 bewilligte das SG der KlAxgerin PKH und ordnete den

Beschwerdeführer bei. Unter dem 15. September 2015 wurde ein PKH-Vorschuss in Höhe von 142,80 â∏¬ an den Beschwerdeführer angewiesen. In den drei Klageverfahren wies die Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des SG (UdG) mit Schreiben vom gleichen Tag auf die Synergieeffekte in der parallelen Bearbeitung von drei Klageverfahren und die daraus folgende Reduzierung der Geschäftsgebühr hin.

Â

Am 9. Juni 2017 führte das SG einen zehn minütigen Verhandlungstermin durch, bei dem eine mögliche Erweiterung der Klage auf die übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft der Klägerin erörtert wurde. Unter dem 17. Juli 2017 wurde ein weiterer PKH-Vorschuss in Höhe von 241,30 â□¬ an den Beschwerdeführer angewiesen.

Â

Unter dem 9. Oktober 2017 beantragte der Beschwerdeführer die Rubrumserweiterung auf die beiden minderjährigen Kinder der Klägerin sowie die Erweiterung der Prozesskostenhilfe auf diese. Mit Beschluss vom 23. Januar 2018 erweiterte das SG das Aktivrubrum in den drei Parallelverfahren um die minderjährigen Kinder (Kläger zu 2. und 3.).

Â

Mit Beschluss vom 1. Februar 2018 erweiterte das SG die PKH-Bewilligung der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin vom 27. August 2015 auf die Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger zu 2. und 3. Unter dem 27. Februar 2018 wurde antragsgem \tilde{A} $^{\mu}$ ein weiterer PKH-Vorschuss in H \tilde{A} $^{\mu}$ he von 214,20 \hat{a} $^{\mu}$ an den Beschwerdef \tilde{A} $^{\mu}$ hrer angewiesen. Unter dem 29. M \tilde{A} $^{\mu}$ rz 2018 wurde antragsgem \tilde{A} $^{\mu}$ \tilde{A} $^{\mu}$ ein weiterer PKH-Vorschuss in H \tilde{A} $^{\mu}$ he von 119 \hat{a} $^{\mu}$ an den Beschwerdef \tilde{A} $^{\mu}$ hrer angewiesen.

Â

Mit Urteil ohne mÃ⅓ndliche Verhandlung vom 22. Februar 2019 verurteilte das SG das beklagte Jobcenter zur Zahlung der Unterkunftskosten in begehrter Höhe und erlegte ihm die Ã∏bernahme der Kosten der Kläger auf.

Â

Unter dem 8. März 2019 beantragte der Beschwerdeführer die Festsetzung seiner Vergütung aus der PKH und versicherte, keine Geschäftsgebühr oder sonstige Zahlungen erhalten zu haben $\hat{a} \square \hat{f}$ ür das hier streitige Verfahren $\hat{a} \square \hat{f}$ wie folgt:

Â

Verfahrensgebühr,	Nr. 3102, 1008 VV RVG	480,00 â∏¬
Gebührenerhöhung wegen 3	·	,

Auftraggebern

Terminsgebühr			Nr. 3106 VV RVG	270,00 â∏¬
Geschäftsreise,	Benutzung	eines	Nr. 7003 VV RVG	6,10 â∏¬
eigenen Kfz â∏∏ an	teilig zu 1/6			

Tage- und Abwesenheitsgeld bis 8 h â anteilig zu 1/6	□□ Nr. 7005 Nr. 2 VV RVG	6,67 â∏¬
Post- und Telekom.Pauschale	Nr. 7002 VV RVG	20,00 â∏¬
Zwischensumme	Â	782,77 â <u></u> ⊓¬
Mehrwertsteuer	Nr. 7008 VV RVG	<u> 148,73 â</u> ∏¬
Kostenforderung	Â	931,50 â ∏¬
Abzüglich Vorschuss	Â	â <u>□</u> 717,30 â <u>□</u>
Erstattungsbetrag Landeskasse	Â	214,20 â∏¬

Â

Unter dem 25. Oktober 2019 korrigierte der Beschwerdef \tilde{A}^{1} /4hrer seinen Kostenerstattungsantrag f \tilde{A}^{1} /4r die PKH und reduzierte die Forderung nunmehr unter Anrechnung einer Gesch \tilde{A} xftsgeb \tilde{A}^{1} /4hr von 175 \hat{a} \Box ¬ auf 723,25 \hat{a} \Box ¬ und bat um die Erstattung weiterer 5,95 \hat{a} \Box ¬.

Â

Der UdG setzte die PKH-Verg \tilde{A}^{1} /4tung am 8. November 2019 antragsgem \tilde{A} \mathbb{Z} 0 auf insgesamt 723,25 â \mathbb{Z} 7 fest und wies die Zahlung weiterer 5,95 â \mathbb{Z} 7 an den Beschwerdef \tilde{A}^{1} /4hrer an.

Â

Zugleich machte der UdG am 8. November 2019 einen Forderungsübergang nach § 59 RVG geltend und forderte das beklagte Jobcenter zur Erstattung von 723,25 â \Box ¬ auf. Hiergegen legte das beklagte Jobcenter am 19. Dezember 2019 Erinnerung ein (S 34 SF 201/19 E) und führte aus, der Ansatz einer Verfahrensgebühr von 300 â \Box ¬ zzgl. Erhöhung sei für die parallele Bearbeitung von drei Klageverfahren unbillig und lediglich in Höhe von zwei Drittel der Mittelgebühr zzgl. Erhöhung (320 â \Box ¬) angemessen. Abzusetzen sei eine GeschÃxftsgebühr nach Nr. 2302 Satz 1 Nr. 1 VV RVG in Höhe von 160 â \Box ¬. Die beantragte Terminsgebühr in Höhe von 280 â \Box ¬ sei ebenfalls unbillig und lediglich in Höhe von 150 â \Box ¬ zu rechtfertigen.

Â

Unter dem 8. April 2020 hat auch der Beschwerdegegner Erinnerung eingelegt (S 34 SF 79/20 E). Die Verfahrens- und Terminsgebühr seien zu hoch festgesetzt worden. Diese seien jeweils in Höhe der hälftigen Mittelgebühr angemessen. Der Beschwerdeführer sei auch im Parallelverfahren S 22 AS 1002/15 mit gleichem Sachverhalt fýr die Kläger tätig gewesen. Die Klagen seien identisch begründet worden und auch die weiteren VerfahrensablĤufe stimmten überein, so dass Synergieeffekte für die Bearbeitung im Verfahren S 22 AS 1058/15 nicht bestritten werden kA¶nnten. Die festgesetzte fiktive Terminsgebühr verringere dadurch auf 135 â∏¬. Zu Gunsten sich â∏echteâ∏∏ Terminsgebühr für Beschwerdefýhrers sei jedoch eine ErĶrterungstermin am 9. Juni 2017 anzusetzen, die allerdings wegen der kurzen Dauer nur 140 â∏¬ betrage. Es ergebe sich folgende Berechnung:

	,	•
		١
- 4	,	١
•	-	-

Â	282,95 â ∏¬
Nr. 7008 VV RVG	<u>Â Â Â 45,18 â</u> □¬
Nr. 7002 VV RVG	20,00 â∏¬
Nr. 7005 VV RVG	6,67 â∏¬
Nr. 7003 VV RVG	6,10 â∏¬
Nr. 3106 VV RVG	140,00 â∏¬
gem. Vorbem. 3 (4) RVG	â <u></u> 175,00 â ¬
Nr. 3102 VV RVG	240,00 â∏¬
	gem. Vorbem. 3 (4) RVG Nr. 3106 VV RVG Nr. 7003 VV RVG Nr. 7005 VV RVG Nr. 7002 VV RVG Nr. 7008 VV RVG

Â

Â

Â

Â

Hierauf hat der Beschwerdef \tilde{A}^{1} /4hrer erwidert und vorgetragen, die von ihm geltend gemachte Verg \tilde{A}^{1} /4tung sei nicht zu beanstanden. Zwar sei er auch f \tilde{A}^{1} /4r die Kl \tilde{A} 1 ger in den Parallelverfahren t \tilde{A} 1 ztig gewesen. Es sei dort jedoch nicht um den gleichen Sachverhalt gegangen. Das Verfahren habe sich, auch durch die Rubrumserweiterung, als rechtlich schwierig erwiesen.

Â

Mit Beschluss vom 7. Dezember 2020 hat das SG auf die Erinnerung Beschwerdegegners die von diesem an den BeschwerdefA¹/₄hrer zu erstattenden Kosten auf einen Betrag von 282,95 â∏¬ festgesetzt. Die Verfahrensgebühr sei in Höhe der hälftigen Mittelgebühr für drei Auftraggeber (240 â∏¬) zu berücksichtigen. Der Umfang der anwaltlichen TĤtigkeit sei unterdurchschnittlich gewesen. Die Klage sei erhoben worden und begründet worden. In den Klageverfahren S 22 AS 1002/15, S 22 AS 1165/14 und S 22 AS 402/15 sei ebenfalls die Bestimmung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung streitig gewesen. In diesen Verfahren hat der Beschwerdefļhrer die Verfahrensgebühr in Höhe der Mittelgebühr bzw. der um ein Drittel gekürzten Mittelgebühr erhalten. Im hiesigen, zeitlich nachfolgenden Verfahren seien daher erhebliche Synergieeffekte zu berýcksichtigen. Allein der Umstand, Beschwerdeführer bei Klageerhebung offensichtlich nicht sämtliche Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft benannt habe und nachfolgend eine Rubrumsberichtigung erfolgt sei, begründe keine erhöhende Besonderheit. Durch die Erhebung teilweise inhaltsgleicher vier Klagen seien erhebliche Rationalisierungseffekte zu berÃ1/4cksichtigen. Die Bedeutung des Klageverfahrens sei unterdurchschnittlich zu bewerten, da sich das Interesse der drei Kläger auf weitere Kosten der Unterkunft von monatlich 42,25 â∏¬ fþr vier Monate gerichtet habe. Die Terminsgebühr sei mit 140 â∏¬ festzusetzen. Da Erörterungstermin stattgefunden habe, sei dieser kostenbeachtlich, soweit eine höhere als die fiktive Terminsgebühr entstanden sei. Da der Termin nur zehn Minuten gedauert und sich in einem richterlichen Hinweis erschĶpft habe, sei die Gebühr allenfalls in Höhe der hÃxlftigen Mittelgebühr entstanden. Der Gesamtvergütungsanspruch betrage 282,95 â \Box ¬. Unter Berücksichtigung erhaltener Zahlungen von 723,25 â \Box ¬ habe der Beschwerdeführer 440,30 â \Box ¬ zu erstatten.

Â

Mit Beschluss vom 7. Dezember 2020 hat das SG im Verfahren S 34 SF 201/19 E die auf die Staatskasse $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bergegangene Forderung gegen das beklagte Jobcenter auf 282,95 \hat{a} festgesetzt.

Â

Mit Beschluss vom 7. Dezember 2020 hat das SG im Verfahren S 34 SF 173/19 E die vom beklagten Jobcenter an den BeschwerdefÄ $\frac{1}{4}$ hrer zu erstattenden Kosten fÄ $\frac{1}{4}$ r die TÄ $\frac{1}{4}$ tigkeit im Widerspruchsverfahren, welches dem Klageverfahren S 22 AS 1058/15 vorausging, auf einen Betrag von 404,60 â $\frac{1}{4}$ r festgesetzt. Die GeschÄ $\frac{1}{4}$ hr nach Nr. 2302 VV RVG sei in HÄ $\frac{1}{4}$ he von zwei Drittel der SchwellengebÄ $\frac{1}{4}$ hr zzgl. ErhÄ $\frac{1}{4}$ hung fÄ $\frac{1}{4}$ r drei Auftraggeber (320 â $\frac{1}{4}$) entstanden.

Â

Gegen den ihm am 17. Februar 2021 zugestellten Beschluss hat der Beschwerdef $\tilde{A}^{1/4}$ hrer am 22. Februar 2021 Beschwerde eingelegt und zur Begr $\tilde{A}^{1/4}$ ndung auf seine Ausf $\tilde{A}^{1/4}$ hrungen im Erinnerungsverfahren verwiesen. Zudem habe das SG $\tilde{A}^{1/4}$ bersehen, dass zwischenzeitlich die Gesch \tilde{A} xftsgeb $\tilde{A}^{1/4}$ hr f $\tilde{A}^{1/4}$ r das Widerspruchsverfahren verbindlich auf 320 \hat{a} festgesetzt worden sei (Beschluss des SG vom 7. Dezember 2020), so dass eine Anrechnung von 175 \hat{a} fehl gehe.

Â

Der Beschwerdegegner hält die Vergütungsfestsetzung im angegriffenen Beschluss des SG fþr zutreffend. Medizinische Sachverhalte lägen sozialgerichtlichen Verfahren regelmäÃ \square ig zu Grunde. Der Vortrag des Beschwerdeführers lasse keine höhere Vergütung zu. Sollte die Geschäftsgebühr nach Nr. 2302 VV RVG für die Tätigkeit im Widerspruchsverfahren auf 320 â \square ¬ festgesetzt worden sein, so sei nur ein Betrag von 160 â \square ¬ anzurechnen und die Beschwerde wäre insoweit begründet. Der Vergütungsanspruch würde sich dann auf 300,79 â \square ¬ beziffern.

Â

II.

Â

Die Beschwerde hat teilweise Erfolg.

Â

Gegen die Entscheidung des SG $\tilde{\text{A}}^{1}/\text{aber}$ die Erinnerung ist abweichend von $\frac{\hat{\text{A}}\$}{178a}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) der weitere Rechtsbehelf der Beschwerde zum LSG er $\tilde{\text{A}}$ ¶ffnet ($\frac{\hat{\text{A}}\$}{178a}$ Abs. 1 SGG; $\frac{\hat{\text{A}}\$}{188}$ 1 Abs. 3 RVG i.V.m. $\frac{\hat{\text{A}}\$}{188}$ 56 Abs. 2 RVG, $\frac{\hat{\text{A}}\$}{188}$ 33 Abs. 3 bis 8 RVG; vgl. Beschluss des Senats vom 3. M $\tilde{\text{A}}$ ¤rz 2017, L 4 AS 141/16 B). Die Entscheidung $\tilde{\text{A}}$ 1/4 ber die Beschwerde ergeht durch die Berichterstatterin als Einzelrichterin ($\frac{\hat{\text{A}}\$}{188}$ 56 Abs. 2 Satz 1 RVG i.V.m. $\frac{\hat{\text{A}}\$}{188}$ 33 Abs. 8 Satz 1 RVG).

Â

Gegenstand des Beschwerdeverfahrens ist nicht die Festsetzung einzelner Gebýhrentatbestände, sondern jeweils die gesamte Kostenfestsetzung des UdG vom 8. November 2019 in der Fassung des Beschlusses des SG vom 7. Dezember 2020. Aufgrund des Rechtsbehelfs des Beschwerdeführers ist die gesamte Kostenfestsetzung noch nicht rechtskräftig. Selbst wenn er nur einzelne Berechnungselemente der Kostenfestsetzung bemängelt, ist eine Begrenzung der Beschwerde auf die Festsetzung einzelner Gebührentatbestände nicht zulässig. Denn die Gebührentatbestände sind lediglich Elemente der einheitlichen Kostenfestsetzungsentscheidung. Der Rechtsanwalt begrenzt den Umfang der Prüfung und Entscheidung nur durch seinen summenmäÃ∏igen Antrag.

Â

Die Beschwerde ist zul \tilde{A} xssig. Sie ist insbesondere statthaft, da der Wert des Beschwerdegegenstands 200 $\hat{a} \cap \tilde{A}^{1/4}$ bersteigt (\hat{A} § 56 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. \hat{A} § 33 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. \hat{A} § 33 Abs. 3 Satz 3 RVG) eingelegt worden. \hat{A}

Â

Die Beschwerde des BeschwerdefÃ $\frac{1}{4}$ hrers ist teilweise begrÃ $\frac{1}{4}$ ndet. Der BeschwerdefÃ $\frac{1}{4}$ hrer hat einen Anspruch auf Festsetzung einer VergÃ $\frac{1}{4}$ tung aus der Landeskasse fÃ $\frac{1}{4}$ r seine TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit als im Rahmen der PKH beigeordneter Rechtsanwalt im Klageverfahren S 22 AS 1058/15 in HÃ $\frac{1}{4}$ he von 300,79 â $\frac{1}{4}$. Die Entscheidung des SG war insoweit abzuÃ $\frac{1}{4}$ ndern.

Â

Der Umfang der Rechtsanwaltsvergütung bzw. deren Erstattung durch die Landeskasse bemisst sich nicht nach dem Wert bzw. der Bedeutung des Klagebegehrens (Streitwert), sondern nach Betragsrahmengebühren. Die geltend gemachten Betragsrahmengebühren sind vom Beschwerdeführer nicht nach den maÃ∏geblichen Kriterien des § 14 RVG angemessen bestimmt worden und daher herabzubemessen.

Â

Grundlage des Erstattungsbegehrens des Beschwerdeführers ist $\frac{\hat{A}\S}{45}$ Abs. 1 RVG. Danach sind dem im Wege der PKH beigeordneten Rechtsanwalt die gesetzlichen Gebühren aus der Landeskasse zu erstatten. In den Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit, in denen das Gerichtskostengesetz (GKG) nicht anzuwenden ist, entstehen gemÃ $_{\mathbb{Z}}$ A $_{\mathbb{Z}}$ A $_{\mathbb{Z}}$ Abs. 1 Satz 1 RVG Betragsrahmengebühren. Da die KlÃ $_{\mathbb{Z}}$ ger des Ausgangsverfahrens kostenprivilegierte Beteiligte im Sinne des $\frac{\hat{A}\S}{183}$ Satz 1 SGG waren,

scheidet die Anwendung des GKG aus (§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG).

Â

Im Einzelnen bestimmt sich die VergÃ 1 /₄tung, das heiÃ $^{\Box}$ t die GebÃ 1 /₄hrentatbestÃ $^{\Box}$ nde, die Spannwerte der BetragsrahmengebÃ 1 /₄hren usw., aus dem VergÃ 1 /₄tungsverzeichnis (VV) der Anlage 1 zu § 2 Abs. 2 RVG. Die Bemessung der BetragsrahmengebÃ 1 /₄hren ist nach MaÃ $^{\Box}$ gabe des § 14 Abs. 1 RVG vorzunehmen. Hiernach steht es dem Rechtsanwalt zu, eine solche GebÃ 1 /₄hr im Einzelfall unter BerÃ 1 /₄cksichtigung aller UmstÃ $^{\Box}$ nde, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen TÃ $^{\Box}$ tigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und VermÃ $^{\Box}$ gensverhÃ $^{\Box}$ ltnisse des Auftraggebers nach billigem Ermessen zu bestimmen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 RVG). Bei RahmengebÃ 1 /₄hren, die sich â $^{\Box}$ 0 wie hier â $^{\Box}$ 1 nicht nach einem Gegenstandswert richten, ist das Haftungsrisiko zu berÃ 1 /₄cksichtigen (§ 14 Abs. 1 Satz 3 RVG). Aus dem Wortlaut des § 14 Abs. 1 Satz 1 RVG folgt, dass auch weitere im Einzelfall vorliegende Kriterien zur Bemessung herangezogen werden kÃ $^{\Box}$ nnen. Aus der AufzÃ $^{\Box}$ hlung der benannten Kriterien kann nicht auf ein vorgegebenes abstraktes RangverhÃ $^{\Box}$ thnis geschlossen werden. Es obliegt dem Rechtsanwalt, jedenfalls die in § 14 RVG genannten und ggf. noch weiter relevante Kriterien im Einzelfall zu gewichten.

Â

Ist die Gebýhr von einem Dritten (hier: der Landeskasse) zu ersetzen, ist die von dem Rechtsanwalt getroffene Bestimmung nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist ($\frac{\hat{A}\S}{14}$ Abs. 1 Satz 4 RVG). Unbilligkeit liegt vor, wenn der Rechtsanwalt die Kriterien des $\frac{\hat{A}\S}{14}$ Abs. 1 Satz 1 RVG unter Beachtung des Beurteilungsspielraums objektiv nicht hinreichend beachtet hat und die angesetzte Gebýhr die nach den gesetzlichen Kriterien angemessene Gebühr um mehr als 20 % $\frac{\hat{A}}{14}$ bersteigt (vgl. Bundessozialgericht [BSG] Urteil vom 1. Juli 2009, $\frac{B}{14}$ 4 AS 21/09, juris Rn. 19). Ist die Bestimmung unbillig, erfolgt eine Festsetzung nur in Höhe der angemessenen Gebühren (Thüringer LSG, Beschluss vom 27. Oktober 2016, $\frac{L}{14}$ 6 SF 1611/15 B, juris).

Â

Die Forderung des Beschwerdef \tilde{A}^{1}_{4} hrers, ihm st \tilde{A}^{1}_{4} nden f \tilde{A}^{1}_{4} r die Verfahrens- und f \tilde{A}^{1}_{4} r die Terminsgeb \tilde{A}^{1}_{4} hr ein Betrag in H \tilde{A}^{0} he von 750 â \Box zu, ist nicht berechtigt.

Â

Verfahrensgeb $\tilde{A}^{1/4}$ hr ist lediglich in H \tilde{A} ¶he der H \tilde{A} ¤lfte der Mittelgeb $\tilde{A}^{1/4}$ hr entstanden. Nach Anlage 1 zum RVG, Teil 3, Vorbemerkung 3 Abs. 2 i.V.m. Nr. 3102 VV RVG (in der Fassung vom 1. August 2013) ist die Geb $\tilde{A}^{1/4}$ hr aus den Spannwerten (50 \hat{a} \Box ¬ bis 550 \hat{a} \Box ¬) zu bestimmen. Unter Ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigung der Erh \tilde{A} ¶hung f $\tilde{A}^{1/4}$ r zwei weitere Auftraggeber (Nr. 1008 VV RVG) ist von einem Spannwert von 80 \hat{a} \Box ¬ bis 880 \hat{a} \Box ¬ auszugehen.

Â

Aus der Vorgabe von Spannenwerten folgt, dass die Mittelgeb \tilde{A}^{1}_{4} hr \hat{a}_{\square} rechnerisch die H \tilde{A} ¤lfte der Summe aus Mindest- und H \tilde{A} ¶chstgeb \tilde{A}^{1}_{4} hr \hat{a}_{\square} nicht der Regelfall der Verg \tilde{A}^{1}_{4} tung ist. Sie ist vielmehr nur f \tilde{A}^{1}_{4} r einen Regel- bzw. Durchschnittsfall die

angemessene VergÃ $\frac{1}{4}$ tung. Die MittelgebÃ $\frac{1}{4}$ hr bietet dann fÃ $\frac{1}{4}$ r die Bestimmung der konkret angemessenen GebÃ $\frac{1}{4}$ hr einen Richtwert, wenn es sich um eine in jeder Hinsicht durchschnittliche Angelegenheit handelt. Das ist nicht der Fall, wenn teilweise Ã $\frac{1}{4}$ ber- oder unterdurchschnittlich zu bewertende Einzelkriterien vorliegen. Dann sind Zu- oder Abschl $\frac{1}{4}$ ge vom Richtwert vorzunehmen. Die Mittelgeb $\frac{1}{4}$ hr kann sich aber auch daraus ergeben, dass die $\frac{1}{4}$ berdurchschnittlichkeit einzelner Kriterien die Unterdurchschnittlichkeit anderer Kriterien kompensiert.

Â

Bei Betrachtung der o.g. Kriterien des § 14 Abs. 1 Satz 1 und 3 RVG lag der Rechtsstreit im unterdurchschnittlichen Bereich anderer Streitigkeiten nach dem SGB II. Hierzu wird auf die zutreffenden AusfÃ 1 /4hrungen des SG verwiesen, die sich die Berichterstatterin nach eigener PrÃ 1 /4fung zu eigen macht. Ã $^{-}$ berzeugend hat das SG ausgefÃ 1 /4hrt, die VermÃ $^{-}$ gens- und EinkommensverhÃ $^{-}$ xltnisse der KlÃ $^{-}$ xger sowie die Bedeutung der Angelegenheit fÃ $^{-}$ /4r diese sind hier nur unterdurchschnittlich. Ein besonderes Haftungsrisiko oder sonstige unbenannte Kriterien, die geeignet wÃ $^{-}$ xren, zu einer Herauf- oder Herabbemessung zu fÃ $^{-}$ /4hren, sind vorliegend nicht ersichtlich.

Â

Die Schwierigkeit und der Umfang der anwaltlichen TAxtigkeit lagen im deutlich unterdurchschnittlichen Bereich. Dabei ist einzustellen, dass es im vorliegenden Klageverfahren ebenso wie in den parallel geführten Verfahren S 22 AS 1002/15, S 22 AS 1165/14 und S 22 AS 402/15 jeweils um die ̸bernahme der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II ging. Der daraus resultierende â∏∏Synergieeffektâ∏∏ hat den Aufwand und die Schwierigkeit der anwaltlichen TĤtigkeit im konkreten Verfahren erheblich gemindert (vgl. auch z.B. LSG Baden-Wýrttemberg, Beschluss vom 27. Juni 2019, <u>L 10 SF 4412/18 E-B</u>, juris Rn. 27; LSG ThÃ¹/₄ringen, Beschluss vom 4. MÃxrz 2019, L 1 SF 258/17 B, juris Rn. 15; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 4. Februar 2022, L 4 AS 498/19 B, juris Rn. 31). Die Klagebegründung und die Erweiterung des KlĤgerkreises um die minderjĤhrigen Kinder rechtfertigen keine hĶhere Gebļhr als die der h\tilde{A}\tilde{x}|ftigen Mittelgeb\tilde{A}\tilde{\chi}\taurrel{h}r. Angesichts der knappen rechtlichen Ausf\tilde{A}\tilde{\chi}\taurrel{h}rungen und den erheblichen Arbeitserleichterungen, die sich aus der parallelen Bearbeitung von Klageverfahren mit identischer Sachverhaltskonstellation und Interessenlage für aufeinanderfolgende Bewilligungszeiträume ergeben, war der für das hier streitige vierte, d.h. zeitlich nachfolgende, Klageverfahren zu betreibende Aufwand des Beschwerdeführers nicht annähernd einem sog. normalen Durchschnittsverfahren entsprechend.

Â

Ein besonderes Haftungsrisiko oder sonstige unbenannte Kriterien, die geeignet w \tilde{A} ¤ren, zu einer Herauf- oder Herabbemessung zu f \tilde{A} ½hren, sind vorliegend angesichts der Klageforderung nicht ersichtlich.

Â

Da sowohl Umfang als auch Schwierigkeit der Tätigkeit deutlich unterdurchschnittlich waren und nicht wenigstens eines dieser beiden Kriterien durchschnittlich ausgeprägt war, kommt eine höhere Verfahrensgebühr als die Hälfte der Mittelgebühr zur

̸berzeugung des Senats nicht in Betracht.

Â

Die vom SG angesetzte TerminsgebÃ $\frac{1}{4}$ hr von 140 â $\boxed{\ }$ ist nicht zu beanstanden. Auch hierzu wird auf die Ã $\frac{1}{4}$ berzeugenden AusfÃ $\frac{1}{4}$ hrungen des SG im angegriffenen Beschluss verwiesen. Der ErÃ $\frac{1}{4}$ rterungstermin am 9. Juni 2017 dauerte lediglich zehn Minuten. Dies rechtfertigt eine Herabbemessung der TerminsgebÃ $\frac{1}{4}$ hr auf die HÃ $\frac{1}{4}$ lfte der MittelgebÃ $\frac{1}{4}$ hr. Der Umfang der anwaltlichen TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit war bei einer Dauer des Termins von weniger als 20 Minuten unterdurchschnittlich. Die Schwierigkeit der anwaltlichen TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit, das heiÃ $\frac{1}{4}$ t die IntensitÃ $\frac{1}{4}$ t der Arbeit (vgl. BSG, Urteil vom 1. Juli 2009, <u>B 4 AS 21/09 R</u>, juris), war â $\frac{1}{4}$ 0 ausgehend von einem objektiven MaÃ $\frac{1}{4}$ stab â $\frac{1}{4}$ 1 unterdurchschnittlich.

Â

Unter Zugrundlegung der angesprochenen Gebýhrenpositionen sowie der weiteren Kostenfestsetzung, die nicht zu beanstanden ist, ergibt sich folgende Berechnung:

Â

VerfahrensgebÃ⅓hr	Nr. 3102, 1008 VV RVG	240,00 â∏¬
Anrechnung Geschäftsgebühr	gem. Vorbem. 3 (4) RVG	â □□ 160,00 â□¬
Terminsgebýhr	Nr. 3106 VV RVG	140,00 â∏¬
Geschäftsreise	Nr. 7003 VV RVG	6,10 â∏¬
Abwesenheitsgeld	Nr. 7005 VV RVG	6,67 â∏¬
Post- u. Telekom.Pauschale	Nr. 7002 VV RVG	<u>Â Â Â 20,00 â</u> □¬
Zwischensumme	Â	252,77 â∏¬
Mehrwertsteuer	Nr. 7008 VV RVG	<u>Â Â Â 48,03 â</u> □¬
Kostenforderung	Â	300,80 â∏¬
Abzþglich Vorschuss	Â	<u>â∏∏ 723,25 â∏¬</u>
Erstattung durch Beschwerdeführer	Â	422,45 â∏¬
Â	Â	Â

Â

Â

Â

Â

Der Beschwerdeführer hat an den Beschwerdegegner einen Betrag von 422,45 â∏¬ zu

erstatten.

Â

Das Verfahren $\tilde{A}^{1}/4$ ber die Beschwerde ist geb $\tilde{A}^{1}/4$ hrenfrei; Kosten werden nicht erstattet (\hat{A} § 56 Abs. 2 Satz 2 und 3 RVG).

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar; eine Beschwerde zum BSG ist nicht gegeben ($\frac{\hat{A}\S 56 \text{ Abs.}}{2 \text{ Satz 1}}$ i.V.m. $\frac{\hat{A}\S 33 \text{ Abs. 4 Satz 3 RVG}}{2 \text{ Satz 1}}$).

Erstellt am: 16.03.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024